

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 15. März 1969

Blatt 652

Gesperret bis Sonntag, den 16. März, 19.30 Uhr:

Wiener Stadtverwaltung hilft der Wirtschaft
=====

Bürgermeister Bruno Marek über die Initiative der Gemeinde
auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung

15. März (RK) Im Rahmen der Sendereihe "Wiener Probleme" sprach Bürgermeister Bruno Marek am Sonntag, dem 16. März, um 19.30 Uhr, im Programm Österreich Regional von Radio Wien über Maßnahmen der Stadtverwaltung zur Förderung der Wirtschaft. Im einzelnen führte der Bürgermeister aus:

"Die Wiener Frühjahrsmesse schloß heute abend ihre Tore. Ein endgültiges Ergebnis über die Abschlüsse und den Geschäftsgang liegt noch nicht vor. Aber auf Grund des Besuches und des Interesses kann die nächste Zeit von wirtschaftlicher Sicht aus mit vorsichtigem Optimismus betrachtet werden. Auch Fachleute rechnen mit einem merkbaren Konjunkturaufschwung. All das sollte uns aber nicht dazu verleiten, anzunehmen, daß damit alle Probleme und Schwierigkeiten, die in der knapp zurückliegenden Periode des Konjunkturückschlages deutlich sichtbar wurden, beseitigt sind.

Ich erachte es als eine wesentliche Aufgabe des Bundes, der Länder und der Gemeinden, alle Anstrengungen zu unternehmen, um den bestehenden Strukturschwächen zu begegnen. Nur wenn es gelingt, diese zu beseitigen, wird es möglich sein, die Konkurrenzfähigkeit auf dem internationalen Markt zu erhöhen, ein stetes Wachstum und damit einen steigenden Wohlstand sicherzustellen.

Unterstützung privater Initiative

Die öffentliche Hand - das möchte ich besonders betonen - kann durch ihre Maßnahmen die Unternehmerinitiative keineswegs ersetzen. Sie kann und soll jedoch die private Initiative unterstützen und optimale Entwicklungsmöglichkeiten schaffen. Länder und Gemeinden haben - das steht außer Zweifel - weder kompetenzmäßig noch finanziell die Möglichkeiten des Bundes. Trotzdem können auch Stadtverwaltungen, Länder und Gemeinden Maßnahmen zur Förderung der Entwicklung unserer Wirtschaft ergreifen.

Wenn man der Wirtschaft helfen will, ist es notwendig, ihre Probleme genau zu kennen. Wissenschaftliche Institute arbeiten mit der Wiener Stadtverwaltung zusammen und führen ohne Unterbrechung Untersuchungen durch, welche die Grundlagen für ständige Verbesserungen der wirtschaftspolitischen Maßnahmen bieten. Diese Untersuchungen über die Struktur der Wiener Wirtschaft ergaben, daß eines der wesentlichsten Probleme die Standortfrage ist. Viele Betriebe haben ihre Produktionsstätten noch immer im dichtverbauten Gebiet. Für die Bewohner solcher Stadtteile ist der Betriebslärm äußerst störend und ungesund. Nicht wenige Unternehmer haben ihre Produktion auf mehrere, räumlich voneinander getrennte Betriebsstätten verteilt. Dadurch entstehen zusätzliche Transportkosten, die ihre Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen. Oft könnte ein Unternehmen seine Produktionsstätten auf Grund günstiger Absatzchancen erweitern, hat aber wegen der beengten Lage nicht die Möglichkeit dazu.

Schon bisher hat die Stadtverwaltung hier helfend eingegriffen - ich möchte nur die Widmung geeigneter Flächen für industrielle und gewerbliche Nutzung sowie die Bereitstellung im städtischen Besitz stehender Einzelliegenschaften zu sehr günstigen Bedingungen erwähnen. Darüber hinaus wurde im letzten Jahr ein Schwerpunktprogramm für die zusätzliche Erschließung von neuen Industrie- und Betriebsbaugebieten ausgearbeitet. Dieses Programm sieht vor, neue Flächen zur Ansiedelung von Industrie- und Gewerbebetrieben zu schaffen. Bis zum Jahr 1971 werden mehr als eine Million Quadratmeter zur Verfügung stehen. In den auf diesen Flächen zu errichtenden Betrieben

werden rund 25.000 Menschen neue Arbeitsplätze finden. Die erste Teilfläche derartig aufgeschlossener Grundstücke im Ausmaß von rund 200.000 Quadratmeter befindet sich im 21. Bezirk und wird noch in diesem Jahr für Betriebsansiedelungen freigegeben. Weitere Anlagen werden in der Wagramer Straße im 22. Bezirk, eine nahe der West-Autobahneinfahrt im 14. Bezirk sowie eine fast 500.000 Quadratmeter große Fläche im 23. Bezirk aufgeschlossen.

Vor kurzem schuf die Stadt Wien eine Betriebsansiedlungsgesellschaft. Diese Gesellschaft wird für eine rasche und zweckentsprechende Vergabe der aufgeschlossenen Industrieflächen an ansiedlungswillige Betriebe sorgen.

Sicherung der Arbeitsplätze

Und nun zu einem Problem des Arbeitsmarktes. - Es mag paradox klingen: Aber bei normaler Aufwärtsentwicklung der Konjunktur ist in Zukunft in Wien mit einem Mangel an Arbeitskräften zu rechnen. Dies trotz der immer größer werdenden Zahl von Pendlern, denen unsere Stadt wegen des reichhaltigen Angebotes an Arbeitsplätzen und der höheren Verdienstmöglichkeiten großen Anreiz bietet.

Die Bundeshauptstadt hat im Vorjahr einen arbeitsmarktpolitischen Beirat geschaffen. In periodischen Sitzungen, die unter meinem Vorsitz stattfinden, werden in diesem Beirat im Zusammenwirken mit Interessenvertretungen und wissenschaftlichen Institutionen die aktuellen Arbeitsmarktprobleme erörtert. Die Arbeitslosenrate liegt in Wien mit weniger als zwei Prozent nicht nur in gesamtösterreichischem, sondern auch im internationalen Verhältnis äußerst niedrig.

Diese niedrigen Arbeitslosenraten haben wir keineswegs dem Zufall zu verdanken: Als sich eine Konjunkturschwäche in den letzten zwei Jahren in Österreich stark bemerkbar machte, führte die Wiener Stadtverwaltung über Antrag des Finanzreferenten Vizebürgermeister Felix Slavik ein eigenes Investitionsprogramm zur Sicherung von Arbeitsplätzen in Industrie und Gewerbe durch, wodurch in Wien die Vollbeschäftigung in der Bauwirtschaft weitgehend gewährleistet wurde. Auch die Ermög-

lichung einer verstärkten Bautätigkeit im heurigen Winter gehörte zu diesem Programm.

Ob eine Regionalwirtschaft mit der internationalen Entwicklung Schritt halten kann, hängt heute mehr denn je davon ab, daß die Betriebe umfangreiche Investitionen vornehmen, rechtzeitig und ausreichend rationalisieren und sich die modernen Produktionsmethoden nutzbar machen. Vom Umfang der Investitionstätigkeit der Unternehmen wird daher auch das Wachstum unserer Wirtschaft wesentlich bestimmt.

Kreditaktionen und Bürgschaftsübernahme

Zur Belebung der Investitionstätigkeit wurden von der Wiener Stadtverwaltung viele Kreditaktionen ins Leben gerufen. Erwähnenswert erscheinen mir jene zur Modernisierung und Rationalisierung von gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben, zur Förderung der Leistungssteigerung und Rationalisierung von Hotel-, Kaffeehausbetrieben und Gaststätten, was sich für die Entwicklung unseres Fremdenverkehrs sehr vorteilhaft erwies. Eine Aktion aber, die erste vor kurzem geschaffen wurde, erscheint mir besonders attraktiv: Für alle Betriebsansiedlungen und Umsiedlungen in Wien werden Kredite mit einer Laufzeit bis zu 30 Jahren zu einem sehr günstigen Zinsfuß vergeben, wobei noch zusätzlich die Stadtverwaltung Zinszuschüsse gewährt.

Nun gibt es zahlreiche Unternehmungen, die gute Zukunftsaussichten haben, jedoch nicht in der Lage sind, den Kreditinstituten ausreichende Sicherheiten zu bieten. Gemeinsam mit der Kammer für gewerbliche Wirtschaft und mehreren Kreditinstituten ist die Gründung einer Gesellschaft in Aussicht genommen, die diesen Schwierigkeiten durch Bürgschaftsübernahme begegnen soll. Das Investitionsvolumen, das durch diese Bürgschaftsübernahmen gefördert werden soll, wird sich auf zirka 700 Millionen Schilling belaufen. Wien trägt nicht nur dazu bei, die derzeitigen Probleme durch aktive Maßnahmen zu lösen, sondern will der Wirtschaft auch in Zukunft optimale Entwicklungsmöglichkeiten bieten: Derzeit wird gemeinsam mit international anerkannten Wirtschaftsfachleuten an den Grundlagen für die Erstellung eines umfassenden zukunftsbezogenen Entwicklungskonzeptes gearbeitet."

Freitag, 30. Mai: Zehnter Concordiaball
=====

15. März (RK) Der Concordiaball 1969 - es ist der zehnte, seit diese Tradition der alten Concordia nach dem Krieg wieder aufgenommen wurde - wird im gewohnt festlichen Rahmen des Wiener Rathauses am Freitag, 30. Mai, stattfinden. Die Vorbereitungen des Ballkomitees sind bereits in vollem Gang, und es ist zu hoffen, daß das Fest auch diesmal - wie schon in den beiden letzten Jahren - wieder ausverkauft sein wird.

Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, daß der Concordiaball nicht ausschließlich ein Ball der Repräsentation ist, sondern vor allem ein beschwingtes Fest in echter Wiener Tradition. Selbstverständlich sind, wie bei allen großen Bällen in Wien, Frack oder Smoking zwingend vorgeschrieben, doch werden auf dem Concordiaball keine Dekorationen und Ehrenzeichen getragen, da dies der Veranstaltung einen Charakter verleihen würde, der von Anfang an nicht vorgesehen war.

Wie immer, wird auch der zehnte Concordiaball von hundertzwanzig jungen Paaren in Frack und weißem Abendkleid um 22 Uhr zu den Klängen des "Morgenblätter-Waltzers" eröffnet werden, den Johann Strauß, wie bekannt, der Concordia gewidmet hat. Die Festsäle und Stiegen im Wiener Rathaus werden sich Ende Mai in einem Meer von Frühlingsblumen darbieten; das Stadtgartenamt verwandelt das sonst so strenge Rathaus um diese Zeit in eine bezaubernde Kulisse von Duft und Farbenpracht.

Fünf Tanzorchester sorgen in den verschiedenen Sälen und mit verschiedenartigen Rhythmen für beschwingte Stimmung, die mit dem traditionellen Blumenkotillon um Mitternacht wie immer ihren ausgelassenen Höhepunkt erreicht.

Trotz erheblich verteuerteter Kosten bleiben die Eintrittspreise für den Concordiaball unverändert: Karten für Damen und Herren kosten je 200 Schilling, für Studentinnen und Studenten (gegen Vorlage des Studienbuches) 120 beziehungsweise 80 Schilling. Den Mitgliedern des Presseclubs Concordia steht eine beschränkte Zahl von Freikarten zur Verfügung; da die Nachfrage erfahrungsgemäß sehr lebhaft ist, bitten wir, entsprechende Wünsche dem Sekretariat rechtzeitig bekanntzugeben.

Der Kartenverkauf beginnt am Montag, 5. Mai, in der Theaterkartenzentrale des Österreichischen Verkehrsbüros, 1, Stephansplatz 10, sowie in allen Theaterkartenbüros und im Ballbüro des Presseclubs Concordia (1, Bankgasse 8, 3. Stock, Telefon 63 75 09). Schon jetzt nimmt dieses Ballbüro täglich, außer Samstag und Sonntag, von 9 bis 12 Uhr Tischbestellungen entgegen und erteilt alle gewünschten Auskünfte.

- - -

Milliarden für die Bauwirtschaft

=====

"bau-holz" über die Investitionen der Gemeinde Wien

15. März (RK) Das Gewerkschaftsorgan "bau-holz" bringt in seiner März-Nummer unter der Überschrift "Milliarden für die Bauwirtschaft" einen ganzseitigen Artikel über die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Investitionstätigkeit der Wiener Stadtverwaltung in diesem Jahr. In diesem Bericht heißt es unter anderem:

"Das für die Wiener Bau- und Holzarbeiter am meisten ins Auge springende Merkmal des Voranschlages der Bundeshauptstadt ist, daß wieder alle Anstrengungen unternommen wurden, die Forderung der Arbeitnehmer nach Vollbeschäftigung zu verwirklichen. Weil der Bund auf dem Bausektor Einsparungen gemacht hat und auch seitens der Industrie mit einer unzureichenden Bau-Investitionsrate zu rechnen ist, erachtet die Stadt Wien es für notwendig, diesen Ausfall für ihren Bereich auszugleichen.

Betrag die Summe der für das Baugewerbe und die Bauneben-gewerbe zur Verfügung stehenden Mittel für das Jahr 1968 noch rund vier Milliarden Schilling oder 36,8 Prozent der bereinigten Gesamtausgaben, so wurden diese Mittel für 1969 um rund 500 Millionen auf 4,5 Milliarden Schilling, das sind 38,9 Prozent der bereinigten Gesamtausgaben, erhöht. Damit ist vorgesorgt, daß es auch 1969 in Wien keine Arbeitslosigkeit geben wird.

Der Wohnhausbau der Stadt Wien ist an dieser Summe mit rund 1,2 Milliarden Schilling für die Fortsetzung beziehungsweise Fertigstellung von bereits früher begonnenen Bauten und mit dem Baubeginn von 5.300 Wohnungen beteiligt.

Rund eine Milliarde Schilling sind für Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 und sonstige Darlehen und Zuschüsse zur Förderung des Wohnungsbaues bestimmt.

Damit werden gefördert:

Im Rahmen der Wohnbauförderung 1968 4050 Wohnungen,
im Rahmen des Wiener Wohnaufonds 1.250 Wohnungen
und im Rahmen der Wiener Wohnbauaktion 1969 2.000 Wohnungen.

Somit wird die Gesamtzahl der 1969 errichteten und geförderten Wohnungen 12.600 betragen.

An weiteren größeren Projekten sind im Baubudget Wiens noch vorgesehen:

Schulbau 117 Millionen, Andere Kulturbauten 37 Millionen, Kindertagesheime 35 Millionen, Sportplatzbau 20 Millionen, Krankenhäuser 216 Millionen, Fernwärme- und Blockheizwerke 250 Millionen, Straßenbau 246,5 Millionen, Brücken- und Wasserbau 190,5 Millionen, Kanalbau 83 Millionen, Wasserwerke 252 Millionen, Bäder 37 Millionen, Märkte 30 Millionen, Zentralwäscherei 9 Millionen, U-Bahn 240 Millionen.

Dazu kommen noch die Baumaßnahmen der Wiener Stadtwerke. Diese werden bei den E-Werken den Ausbau im Kraftwerk Simmering und den Neu- beziehungsweise Ausbau der Umspannwerke Michelbeuern, Stadlau, Innere Stadt, Klosterneuburg, Leopoldstadt Nord und Süd in der Hauptsache umfassen.

Die Gaswerke werden ebenfalls umfangreiche Fertigstellungs- und Neubauarbeiten in ihren Werken durchführen.

Bei den Verkehrsbetrieben ist auf dem Hochbausektor vor allem die Fortsetzung des Baues der Zentralwerkstätte in Simmering erwähnenswert.

Für jeden Bauarbeiter ist es ein beruhigendes Gefühl, zu wissen, daß die Wiener Stadtverwaltung, so wie seit fünfzig Jahren, nach dem Grundsatz handelt, daß es nur dann Vollbeschäftigung geben kann, wenn das Baugewerbe mit genügend Arbeit versorgt wird. Das sind Tatsachen, die aber allzuleicht zur Selbstverständlichkeit werden, und es ist unerlässlich, jeden, der von der klugen Politik der Wiener Stadtgemeinde profitiert, davon zu überzeugen, daß er in seinen Bereichen aus ureigenstem Interesse dafür eintreten muß, daß diese Erfolgspolitik nicht gestört wird.

Viel zu viele Menschen (nicht nur in unserer schönen Stadt) verfallen allzuleicht der Verteufelungspropaganda der Egoisten, Kleinkrämer, Besserwisser und Übelwoller und plappern Schlagwörter nach, deren Realisierung Unheil für unser Gemeinwesen brächte. Eine Vernachlässigung des Baugeschehens hätte weittragende Folgen:

Eine Unzahl von anderen Berufen hätte dementsprechend auch weniger Beschäftigung. Gibt es weniger Aufträge, dann werden, um überhaupt welche zu erhalten, die Anbotspreise niedriger, oft sogar so sehr, daß sie kaum noch kostendeckend sind. Die weitere Folge davon sind aber niedrigere Istlöhne. Niedrigeres Einkommen beim Arbeitgeber und niedrigerer Lohn beim Arbeitnehmer bedeuten aber niedrigeres Steueraufkommen, weniger oder gar keine Investitionen und vor allem einen gewissen Konsumverzicht, der sich am stärksten bei den Anschaffungen der Arbeitnehmer auswirkt."

- - -